

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gute Wirtschaftslage – deshalb gute Landesrechnung

Der Landtag genehmigte die Landesrechnung 1989 und nahm den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis

(G.M.) – Die Landesrechnung 1989 wurde am Donnerstag vom Landtag in einer vergleichsweise recht kurzen Zeit beraten und einstimmig verabschiedet. Aufgrund der guten Wirtschaftslage und aufgrund verschiedener besonderer Einnahmen hat sich das Ertragsvolumen deutlich über die im Budget veranschlagten Limiten ausgeweitet, so dass das Gesamtergebnis positiv ausgefallen ist. Sowohl VU-Fraktions-sprecher Reinhard Walser als auch FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt würdigten in ihren Erklärungen den guten Abschluss der Landesrechnung. Die FBP-Fraktion hatte dem Budget 1989 ihre Zustimmung verweigert, weil der Voranschlag von einem erheblichen Abbau der Fondsreserven zur Finanzierung der geplanten Investitionen ausgegangen war. Wie FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt erklärte, gründete die ablehnende Haltung der FBP-Fraktion aber nicht allein auf dem Ergebnis des Voranschlags: «Entscheidend für die Verweigerung der Zustimmung war vielmehr der Umstand, dass der Landesvoranschlag im Umfeld einer überaus guten Wirtschaftslage

in einen Finanzplan eingebettet war, der für die Jahre 1989 bis 1993 von Ausgabentüberschüssen im Umfang von 143 Mio. Fr. ausging und den Abbau der vorhandenen Reservekapitalien um rund 112 Mio. Fr. bis Ende 1993 ankündigte.»

Erhebliche Budgetabweichungen

Das Ergebnis der Landesrechnung 1989 ist aber nicht nur durch bedeutende Mehreinnahmen geprägt, sondern auch durch erhebliche Abweichungen von den Zahlen des Budgets. VU-Fraktions-sprecher Reinhard Walser merkte an, dass das gute Ergebnis vor allem eine «Folgererscheinung der guten Wirtschaftslage» sei, womit er andeutete, dass der unverhoffte Zufluss von Mehreinnahmen grösseren Einfluss als die Auswirkungen der Finanzpolitik der Regierung hatte. Er gab ferner in seiner Erklärung zu verstehen, dass bei der Erstellung des Landesvoranschlags nicht auf «Sonderfälle» abgestellt werden dürfe, da sich sonst das Budget auf unsicheren Grundlagen bewegen würde.

FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt erwähnte in diesem Zusammenhang die Mehreinnahmen von 42 Mio. Fr., die einer Budgetabweichung von 13 Prozent entsprechen, und führte dazu aus: «Angesichts solcher Schätzungsabweichungen im Ertragsverlauf stellt sich aber doch zwingend die Frage: Wie glaubwürdig und aussagekräftig ist überhaupt unser Landesvoranschlag?»

Forderung nach Handlungsszenarien

Regierungschef Hans Brunhart (VU) bestätigte in seiner Antwort, dass eine Abweichung von 13 Prozent von den Budgetvorstellungen tatsächlich eine überdurchschnittliche Abweichung darstelle, doch sei eine solche Mehreinnahme nicht in erster Linie eine Frage der Budgetierung. FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt erinnerte den Regierungschef in diesem Zusammenhang daran, dass die Regierung schon vor einigen Jahren versprochen habe, um solche erhebliche Abweichungen zwischen Budgetzahlen und Rechnungsergebnis zu vermeiden, die Methoden und Verfahren für die Schätzung der Einnahmen zu verbessern und zu verfeinern. Obwohl er seiner Genugtuung über das gute Rechnungsergebnis ebenfalls Ausdruck verlieh, bemerkte der FBP-Fraktions-sprecher weiter, dass «ungünstige künftige Entwicklungen» unser Land nicht unvorbereitet treffen sollten. Deshalb sprach er sich für eine «planmässige und konsequente Bildung von finanziellen Reserven» aus, wie er das schon bei der Budgetierung getan hatte. Ferner regte er an, angesichts «nicht auszuschliessender Verknappung der staatlichen Mittel in den nächsten Jahren» den verbleibenden Steuerspielraum bei den Finanzen genauestens zu überprüfen. Nach seiner Ansicht sollten durch ein anerkanntes Finanzinstitut entsprechende «Handlungsszenarien» ausgearbeitet werden.

PUK-Zwischenbericht

Abschluss der Untersuchung bis Ende 1990

(G.M.) – Die im Dezember 1989 bestellte Parlamentarische Untersuchungskommission zum Kunsthaus-Fall möchte ihre Arbeit bis Ende 1990 abschliessen und dem Landtag einen Schlussbericht vorlegen. Diese Zielsetzung legte sie in einem Zwischenbericht dar, der dem Landtag zur Information und Diskussion zur Verfügung stand. Der Zwischenbericht enthält allerdings noch keine Teilergebnisse inhaltlicher Natur über den Stand der Ermittlungen, sondern befasst sich nur mit dem bisherigen Vorgehen.

Die fünfköpfige Untersuchungskommission, bestehend aus den Abgeordneten Reinhard Walser (Vorsitz), Josef Biedermann, Manfred Biedermann, Dr. Walter Öhry und Dr. Ernst Walch, hat gemäss Auftrag des Landtags über folgende vier Fragen eine Untersuchung durchzuführen:

- Ist der Bericht des Staatsgerichtshof-Präsidenten über den Kunsthaus-Fall im Auftrag des Staatsgerichtshofes verfasst und genehmigt worden?
 - Wurde der Bericht auf Staatskosten herausgegeben?
 - Welches sind die Gründe für den Rücktritt von Prof. Dr. Luzius Wildhaber als Mitglied des Staatsgerichtshofes?
 - Welches sind die Gründe, aus denen Prof. Dr. Luzius Wildhaber als Mitglied des Staatsgerichtshofes von der Teilnahme an den Sitzungen des Staatsgerichtshofes ausgeschlossen wurde?
- Die Regierung hat nach dem Zwischenbericht auf einen Vertreter in der Untersuchungskommission verzichtet.

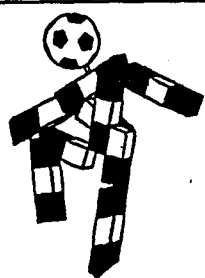
Die Kommission selbst tagte seit ihrer Bestellung insgesamt an sechs Sitzungen und hat sich dafür ausgesprochen, in einer ersten Phase der Informationsbeschaffung insgesamt sieben frühere und jetzige Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu befragen. Dabei handelt es sich allerdings um ein selektives Vorgehen, wie FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt im Landtag anmerkte: «Was jedoch auffällt, ist die Tatsache, dass mit Ausnahme von Dr. Werner Hinterauer, Dornbirn, von sämtlichen Richtern, die in der Zeit von 1984 bis 1989 Mitglieder des Staatsgerichtshofes waren und direkt oder indirekt mit dieser Angelegenheit zu tun hatten, Stellungnahmen eingeholt worden sind.»

Dr. Alois Ospelt bemängelte auch, dass der Bericht keine Aussage enthält, ob die Untersuchungskommission von Dritten entsprechende Hinweise in der Angelegenheit Staatsgerichtshof erhalten habe und ob die PUK diese Hinweise geprüft und bedeutsamen Hinweisen nachgegangen sei.

Landtagsgebäude ohne Tiefgarage

Die Vaduzer Gemeindeabstimmung vom letzten Wochenende wirkt sich auch auf die geplanten Bauten und Anlagen des Regierungsviertels aus. Wie Regierungschef Hans Brunhart, in seiner Antwort auf eine Anfrage des FBP-Abgeordneten Dr. Dieter Walch mitteilte, könnten zwar die Hangbebauung und das Landtagsgebäude trotzdem in der vorliegenden Form realisiert werden, die Tiefgarage werde aus heutiger Sicht jedoch weggelassen. Zumindest vorerst nicht realisiert werden könne auch der Platz vor dem Regierungs- und Landtagsgebäude, welcher ein wesentliches Element der Gestaltung des Regierungsviertels darstellen hätte sollen. Das Wegfallen des Platzes werde sich zweifellos negativ auf das Gesamtkonzept auswirken. Ausserdem müssten nun neue Wege der Parkierung gesucht werden.

(Näheres dazu im Inlandteil)



Fussball-WM-Spiele

Viertelfinalspele

- Sa 17.00 Argentinien – Jugoslawien (in Florenz)
- Sa 21.00 Italien – Irland (in Rom)
- So 17.00 BR Deutschland – CSFR (in Mailand)
- So 21.00 England – Kamerun (in Neapel)

FÜR EINE GUTE AUS
SICHT



federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818

Unsere Position in Europa

Der Landtag zum Bericht der Regierung über die Integration

(G.M.) – «Die Regierung ist davon überzeugt, dass der von ihr eingeschlagene Weg den langfristigen Interessen Liechtensteins entspricht.» Diese Feststellung macht die Regierung in ihrem I. ergänzenden Bericht über «Das Fürstentum Liechtenstein und die europäische Integration». Der Bericht stand im Landtag zur Diskussion, wobei Regierungschef Hans Brunhart die Position der Regierung umriss, FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt die Position der FBP erklärte und der FBP-Abgeordnete Johann Kindle einen Aufruf zugunsten der vermehrten Beachtung des Umweltschutzgedankens in Europa erliess.

Erreichung eines Europäischen Wirtschaftsraumes einzubringen. FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt nahm den Bericht der Regierung zum Anlass, um im Rahmen einer Fraktionserklärung eingehend auf die offenen Fragen der liechtensteinischen Teilnahme am EWR hinzuweisen. Der FBP-Abgeordnete Johann Kindle rief ausserdem die verantwortlichen Verhandlungspartner auf, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, um den Anliegen des Umweltschutzes Nachachtung zu verschaffen. Gleichzeitig gab er seiner Befürchtung Ausdruck, dass sich die europäischen Umweltschutznormen wieder nach einem Durchschnittswert richten würden, die den Anforderungen nicht genügen.

Dr. Alois Ospelt gab sich zufrieden, dass die staatliche Position Liechtensteins im EWR-Bereich als gesichert erscheine. Allerdings sollte nach seinen Worten das über den Zollvertrag mit der Schweiz bestehende Verhältnis geklärt und bereinigt werden. Eine Zollvertragsrevision im umfassenden Sinne kommt nach seinen Ausführungen aus zeitlichen Gründen nicht in Frage. Eine umfassende Revision würde auch voraussetzen, dass man vorher ein Modell für das Innen- wie das Aussenverhältnis entwickelt hätte, was nicht der Fall ist.

Mehr über den Bericht im Landtag im Innern der heutigen Ausgabe.

Seit die Regierung in ihrem ersten Bericht im letzten Herbst den Stand der Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) darlegte, hat eine rasante Entwicklung in der Verhandlungstätigkeit zwischen der EFTA und der EG, aber auch vor allem innerhalb der EFTA eingesetzt. Inzwischen ist unser Land als siebtes Land auf EFTA-Seite zu den Verhandlungen zugelassen worden, ohne formell Vollmitglied der EFTA zu sein. Diese Statusänderung hat Liechtenstein erlaubt, wie Regierungschef Hans Brunhart ausführte, die spezifisch liechtensteinischen Gegebenheiten in den begonnenen Prozess zur

Neue Schiessanlage auf St. Luzisteig

St. Luzisteig (spk) Am Freitag ist auf dem Waffenplatz St. Luzisteig eine moderne Schiessanlage eingeweiht worden, die nicht nur den militärischen Bedürfnissen entspricht, sondern auch von den Sportschützen und Jägern benutzt werden kann. Das von den eidgenössischen Räten 1988 bewilligte Bauwerk kostete 3,4 Mio Franken.

Auf dem Waffenplatz St. Luzisteig werden Rekruten und Kader des Trains, der Panzerabwehr und der Gebirgsinfanterie ausgebildet sowie Kurse der Schiessschule Walenstadt durchgeführt. Die Schulen und Truppen benützten bis 1985 die Schiessanlage von Maienfeld.

DDR: Gesetz gegen Spekulationen

Guthaben früherer Funktionäre sollen überprüft werden

Ost-Berlin (AP) Auf der Zielgeraden der Währungsunion hat sich die DDR-Volkskammer am Freitag bemüht, die Tür zur D-Mark für Spekulanten und Nutznießer des alten SED-Staats zuzuschlagen. Das Parlament in Ostberlin verabschiedete ein Gesetz, das Spekulationsgewinne bei der Währungsumstellung am Sonntag verhindern soll.

Auch frühere Funktionäre sollen unrechtmässig erworbenes Vermögen nicht ohne weiteres in harte Währung umtauschen können. Einen Gesetzentwurf dazu verwies die Abgeordneten in den Rechtsausschuss. Die Renten der früheren Stasi-Leute begrenzte die Volkskam-

VU blockt Motion der FBP ab

Vorstoss zur Erhöhung der Kinderzulagen wurde abgelehnt

(Mö) – Die Überweisung einer Motion der FBP-Fraktion an die Regierung, mit der eine Erhöhung der Kinderzulagen erwirkt werden sollte, ist am einhelligen Nein der VU-Mehrheitsfraktion gescheitert. Weil zwischenzeitlich vom Verwaltungsrat der Familienausgleichskasse diesbezügliche Schritte eingeleitet worden seien, sehe die VU keine Veranlassung mehr, dieser Motion zuzustimmen, begründete Fraktions-sprecher Reinhard Walser im letzten Landtag die ablehnende Haltung. In Tat und Wahrheit stecken wohl (wieder einmal) nur handfeste parteipolitische Absichten hinter diesem Vorgehen.

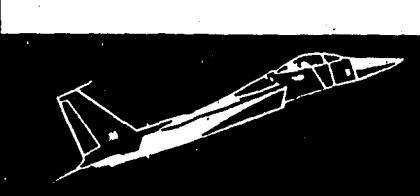
Bei Kinderabzügen bei den Steuern und Zulagen handelt es sich, wie Dr. Alois Ospelt in der Begründung der Motion erwähnte, lediglich um einen teilweisen Ausgleich für Kosten, die Kinder verursachen. Nach neuesten Berechnungen seien die Kosten für ein Kind derzeit mit 1000 Franken pro Monat zu veranschlagen. Auch erhöhte Kinderzulagen könnten diese Familienlasten nur teilweise ausgleichen. Ein Ausgleich sei also auch aus dieser Sicht geboten, zumal «die dauerhafte staatliche Anerkennung der Leistungen von Familien für die ganze Gesellschaft Grundlage jeder Familienpolitik ist», bemerkte der FBP-Fraktions-sprecher.

Die in der Zwischenzeit bekanntgewordenen Vorschläge der Familienausgleichskasse gehen teilweise über diejenigen der Motion hinaus, die in der Mai-Sitzung eingereicht wurde. Die Motionäre, die sich mit den Anträgen der FAK einverstanden erklärten, wollten daher ihren Auftrag an die Regierung in diesem erweiterten Sinne geändert wissen, sties dabei jedoch bei der VU auf kein Gehör. Die offensichtlichen Beweggründe der VU, die zur Ablehnung der Motion führten, werden auch durch den von Reinhard Walser geäußerten, jedoch völlig haltlosen und depazierten Verdacht untermauert, wonach die FBP-Fraktion vom «Insider-Wissen» eines ihrer Abgeordneten profitiert habe. Dr. Alois Ospelt wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Die FBP-Fraktion habe bereits im März über diesen Vorstoss diskutiert.

Die von der FAK gemachten und von der FBP-Fraktion mitgetragenen Vorschläge sehen u.a. eine Erhöhung der Kinderzulagen um 20 auf neu 160 Franken vor. Für Anspruchsberechtigte mit mehr als zwei Kindern, mit Zwillingen und mit Kindern ab dem 10. Lebensjahr ist eine Anhebung um 40 auf 210 Franken vorgesehen. Die Geburtszulagen sollen um 300 auf 1500, bei Mehrlingsgeburten um 500 auf 2000 Franken angehoben werden.

(Die Begründung der FBP-Motion ist im Innern der heutigen Ausgabe abgedruckt).

**FORTSCHRITTLICHE
COMPUTERTECHNOLOGIE IM
OPTIMALEN KOSTEN-NUTZEN-
VERHÄLTNISS VOM FACHMANN.**



COMPUTER AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309